ECONSTOR
*Make Your Publications Visible.*

A Service of

ZBW Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft
Leibniz Information Centre for Economics

Ragnitz, Joachim

**Article**

# Hat Sachsen schon eine selbsttragende Wirtschaft?

ifo Dresden berichtet

**Provided in Cooperation with:**
Ifo Institute – Leibniz Institute for Economic Research at the University of Munich

*Suggested Citation:* Ragnitz, Joachim (2012) : Hat Sachsen schon eine selbsttragende Wirtschaft?, ifo Dresden berichtet, ISSN 0945-5922, ifo Institut, Niederlassung Dresden, Dresden, Vol. 19, Iss. 3, pp. 3-4

This Version is available at:
https://hdl.handle.net/10419/169992

**Standard-Nutzungsbedingungen:**

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

**Terms of use:**

*Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.*

*You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.*

*If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.*

WWW.ECONSTOR.EU

Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft

# Hat Sachsen schon eine selbsttragende Wirtschaft?[1]

***Joachim Ragnitz****

Die sächsische Staatsregierung hat es sich zum Ziel gesetzt, bis zum Jahr 2020 nicht nur finanziell auf eigenen Beinen zu stehen, sondern auch (wieder) zu den wirtschaftlich erfolgreichsten Regionen in Europa zu gehören. Ein ehrgeiziges Ziel, wie die Regierungsparteien selber zugeben, und in der Tat: Bislang ist man davon noch weit entfernt. Das derzeitige Niveau der öffentlichen Ausgaben lässt sich nur durch erhebliche Mittelzuwendungen aus Solidarpakt II und Länderfinanzausgleich finanzieren, und die wirtschaftliche Pro-Kopf-Leistung liegt noch immer um mehr als ein Viertel hinter dem Niveau der westdeutschen Bundesländer. Im Schnitt ist die Wirtschaftskraft Sachsens lediglich mit der von Hunsrück oder Eifel vergleichbar, und selbst die drei sächsischen Großstädte, die im Vergleich der sächsischen Regionen untereinander führend sind, erreichen bislang nur etwa 90 % der Wirtschaftskraft der schwächsten Ruhrgebietsstädte (die kürzlich mit Verweis auf die gut ausgebaute Infrastruktur im Osten die Transferleistungen für die neuen Länder grundsätzlich in Frage stellen wollten). Viel erreicht, ja, aber auch noch viel zu tun!

Aber ist deswegen das eingangs genannte Ziel unerreichbar? Folgt man gängigen Projektionsrechnungen zur weiteren wirtschaftlichen Entwicklung, so muss man tatsächlich eher pessimistisch sein. So wird es in Teilbereichen der sächsischen Wirtschaft wegen der beschleunigten Schrumpfung des Erwerbspersonenpotenzials – die Zahl der Personen im erwerbsfähigen Alter wird sich bis 2025 um etwa 20 % verringern – schon bald zu einem Mangel an Arbeitskräften kommen, der sich auch negativ auf das wirtschaftliche Wachstum auswirken dürfte. Gleichzeitig führen die Abnahme der Bevölkerung und die angesichts der Degression öffentlicher Transferleistungen notwendigen Einsparungen bei Land und Kommunen zu einer Nachfragedämpfung, was die wirtschaftliche Dynamik nochmals abschwächen dürfte. Eine weitere Annäherung der wirtschaftlichen Pro-Kopf-Leistung an westdeutsche Vergleichswerte ist zwar wahrscheinlich, eine Angleichung in überschaubarer Zeit aber wohl nicht. Bestenfalls das Niveau der strukturschwächeren westdeutschen Bundesländer dürfte bis zum Auslaufen des Solidarpaktes II im Jahr 2020 erreicht werden – doch selbst das ist noch nicht sicher.

Allerdings beruhen diese Projektionsrechnungen, auch wenn sie in sich schlüssig sind, auf der Annahme weitgehend unveränderter wirtschaftspolitischer Rahmenbedingungen. Zwar muss man anerkennen, dass die Einflussmöglichkeiten der (Landes-)Politik auf wirtschaftliche Entwicklungen beschränkt sind, gänzlich wirkungslos sind sie aber nicht. Mit klug gesetzten wachstumspolitischen Impulsen ist ein schnelleres Aufholen der sächsischen Wirtschaft durchaus möglich.

Es sind im Wesentlichen zwei Ansatzpunkte, die dabei entscheidend sind. Zum einen geht es darum, die immer noch starke Ausrichtung der sächsischen Wirtschaft auf die heimische Nachfrage aufzulösen – wenn die Inlandsnachfrage infolge von Bevölkerungsschrumpfung und fiskalischen Zwängen schrumpft, bedarf es einer stärkeren Ausrichtung auf überregionale Märkte in Westdeutschland und im Ausland. Und zum anderen ist es erforderlich, das Produktivitätsniveau deutlich zu steigern, also die Unternehmen in die Lage zu versetzen, künftig mit weniger Arbeitskräften genauso viel oder mehr zu produzieren. Beides ist nicht unmittelbar politisch beeinflussbar; beides kann jedoch erreicht werden, wenn es gelingt, die technologische Wettbewerbsfähigkeit sächsischer Unternehmen zu erhöhen, denn Innovationen (auf der Prozess- wie auf der Produktebene) dienen nicht nur dem Produktivitätsfortschritt, sondern ermöglichen es auch, neue Märkte zu erschließen. Insoweit sollte die Förderung von Forschung, Entwicklung und Innovation künftig Vorrang in der Wirtschaftspolitik haben.

Eigentlich ist das nichts Neues: Innovation (und Bildung, die in einem weiteren Sinne überhaupt erst die Grundlage für künftige Innovationen darstellt) wird in allen politischen Parteien (in Sachsen und auch anderswo) als die wohl bedeutsamste Zukunftsaufgabe angesehen. In der Praxis sieht es aber oftmals anders aus. So haben Investitionen „in Beton“ (oder auch: „in Maschinen“) häufig noch immer Vorrang vor Investitionen „in Köpfe“; Forschungs- und Technologiepolitik ist oftmals eher an Moden („Spitzentechnologien“) als an ihrem Beitrag zur technologischen Erneuerung der heimischen Wirtschaft in der Breite ausgerichtet; „Fairness“ und „Gerechtigkeit“

* *Prof. Joachim Ragnitz ist stellvertretender Geschäftsführer der Niederlassung Dresden des ifo Institut – Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München e. V.*

zählen bei der Verteilung öffentlicher Mittel vielfach mehr als Aspekte langfristiger Wachstumswirksamkeit. Man kann der sächsischen Wirtschaftspolitik zu Gute halten, dass sie diesbezüglich einiges besser macht als andere Bundesländer. Ob es genug ist, sei dahin gestellt.

Es wäre jedoch zu kurz gegriffen, jetzt lediglich mehr Geld für die Forschung (in Unternehmen, Forschungseinrichtungen oder auch Hochschulen) bereitzustellen. Innovationen entstehen nicht nur (und wahrscheinlich nicht einmal primär) durch Schaffung neuen Wissens, sondern vor allem auch durch Übertragung bestehenden Wissens auf neuartige Zusammenhänge. Wichtiger als die Initiierung neuer Forschungsförderprogramme erscheint es daher, den Technologietransfer zwischen Wissenschaft (innerhalb und außerhalb Sachsens) und Wirtschaft (in Sachsen) voranzutreiben. Gerade dies ist aber eine schwierige Aufgabe, denn die Interessen von Hochschulen (die primär am Erkenntnisgewinn ausgerichtet sind) und Unternehmen (denen primär an der Umsetzung von Wissen in marktgängige Produkte gelegen ist) passen hier nicht so recht zueinander. Die Hochschulen müssen es deshalb künftig in weit stärkerem Maße auch als ihre Aufgabe begreifen, das global vorhandene Wissen in den jeweiligen Fachgebieten für die potenziellen Nutzer in den Unternehmen aufzubereiten; die Wirtschaft wiederum muss den Mut aufbringen, für sich ergebende Innovationsbedarfe verstärkt auch die Wissensvermittlung durch die Wissenschaft einzufordern. Man muss den Technologietransfer also institutionell breiter aufstellen: Nicht allein durch Transferstellen (wie sie an den meisten Hochschulen inzwischen eingerichtet wurden) und branchenspezifische Netzwerkorganisationen (wie sie, zumeist allerdings nur förderinduziert, inzwischen auch schon recht häufig vorhanden sind), sondern auch durch verbesserte Kooperationsanreize zwischen Hochschule und Wirtschaft, durch stärkere Einbindung der Hochschulen in die Aus- und Weiterbildung von Mitarbeitern, durch verstärkten Personalaustausch, durch Einrichtung von Fachinformationssystemen und ähnlichem. Sachsen mit seiner vielfältigen Forschungslandschaft bietet hier Chancen, die andere (ostdeutsche) Bundesländer so nicht aufweisen – die aber ganz offenkundig bisher noch nicht ausreichend genutzt werden.

Natürlich bedarf es darüber hinaus auch weiterer wirtschaftspolitischer Maßnahmen, so bei der Sicherung der Unternehmensnachfolge, der Standortentwicklung, dem Werben um Neuansiedlungen. Gerade deshalb wäre es auch falsch, wie es oft geschieht, Wirtschaftspolitik mit Förderpolitik gleichzusetzen – wettbewerbsfähig wird man nur, wenn man sich im Wettbewerb auch zu behaupten hat (und Wirtschaftsförderung ist per se wettbewerbsverzerrend, solange sie nicht allein dem Nachteilsausgleich dient). Insoweit sollte man es auch nicht allzu negativ sehen, dass die Fördermöglichkeiten (z. B. infolge der Rückführung von EU-Strukturfondsmitteln) in den nächsten Jahren deutlich zurückgehen werden, denn letzten Endes wird das dazu führen, dass Politik und Wirtschaft sich zunehmend auf ihre eigenen Kräfte werden besinnen müssen – und das ist eine wichtige Voraussetzung dafür, dass Sachsen in absehbarer Zeit tatsächlich zu den wirtschaftsstärksten Regionen Europas aufrücken kann.

[1] *Der Beitrag ist unter dem Titel „Mehr Geld für Forschung ist zu wenig" auch in der Sächsischen Zeitung vom Samstag/Sonntag, den 26./27. Mai 2012 erschienen.*